

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG VOM 16. NOVEMBER 2019 IN BOCHUM

EINE JUGENDSTRATEGIE FÜR NRW! JETZT!

Die Vollversammlung beschließt:

Der Landesjugendring NRW fordert eine Jugendstrategie im Sinne der einmischenden Jugendpolitik für NRW – und zwar jetzt!

Eine Jugendstrategie bedeutet für uns eine grundsätzliche und langfristige Kombination aus Maßnahmen, um die Beteiligung junger Menschen und das Mitdenken ihrer Themen in allen Politikfeldern der Landespolitik zu etablieren und sicherzustellen. Wir brauchen mehr als gute Absichten!

Als konkrete Instrumente fordern wir einen Jugendcheck für NRW, ein Jugend-Monitoring sowie eine 1.000-Stimmen-Befragung.

Grundsätzlich

Dringend stellt sich die Frage nach einer Politikgestaltung im Interesse junger Menschen und ihren Einbezug in politische Entscheidungen – unmittelbar auf dem Weg der Herstellung von Beteiligung und Mitbestimmung und mittelbar durch die Wahrnehmung ihrer Interessen durch gesellschaftliche Akteure, wie z.B. Jugendverbände sowie freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe.

Der Landesjugendring NRW setzt sich schon seit 2013 für eine einmischende Jugendpolitik für NRW ein, die mehr Mitbestimmung junger Menschen ermöglicht und die Berücksichtigung junger Menschen in allen Politikfeldern einfordert.

Von jungen Menschen werden in unserer Gesellschaft Anpassung, Engagement und Leistung erwartet. Gleichzeitig werden sie in ihren politischen Äußerungen nicht als gleichwertig gegenüber älteren Generationen angesehen. Auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten, die es gibt, sind unzureichend: In der Schule dürfen Schüler_innen nur in einem sehr eingeschränkten Rahmen mitreden und stellen zum Beispiel in der Schulkonferenz maximal ein Drittel der Mitglieder – obwohl sie in der Schule die Mehrheit darstellen und ihr Alltag und ihre Zukunftsperspektiven ganz besonders von Entscheidungen der Schule abhängig sind. Zu selten werden junge Menschen ernstgenommen, zu häufig paternalistisch behandelt oder gar völlig ausgeblendet.

Ein Blick auf die politische Arbeit im Landtag Nordrhein-Westfalen zeigt: Gerade in den Ausschüssen, die Themen behandeln die kurz- und langfristig jugendliche Lebenswelten direkt betreffen (z.B. Digitalisierung, Umwelt, Verkehr), wurde in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode, kaum von jungen Menschen und noch seltener von ihrer Perspektive auf diese Themen gesprochen. Dabei sind diese Themen jugendpolitischer Natur!

Inhalt und Ziele einer Jugendstrategie

Der Landesjugendring NRW fordert eine kohärente politische Gestaltung der Lebensphase Jugend – im Sinne und von jungen Menschen! In seinen Jugendpolitischen Leitlinien „Jugend ermöglichen – Zukunft denken“ hat er dafür Vorschläge für eine einmischende Jugendpolitik, Freiräume, Bildung, Digitalisierung und NRW als Migrationsland gemacht.

Eine kohärente Strategie im Sinne des Bundesjugendkuratoriums, wie sie der Landesjugendring NRW fordert, ist bis jetzt noch nicht verwirklicht. Für dieses Ziel wäre eine Bereitschaft in allen Politikbereichen erforderlich, die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen zu berücksichtigen, in Entscheidungen einzubeziehen und ihre Interessenvertretungen aktiv in die entsprechenden Positionsfindungen einzubinden. Hierfür bedarf es einer Etablierung der Jugendpolitik als starke Lobby von und mit jungen Menschen.

Von der UN Kinderrechtskonvention über das SGB VIII bis hin zum 3. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in NRW gibt es Bestimmungen, die Entscheidungsträger_innen (insbesondere in der Verwaltung) darin bestärken müssten, das „best interest of the child“ in ihre Entscheidungen mit einzubeziehen. Dass dies häufig nicht oder nicht ausreichend geschieht, liegt möglicherweise an fehlenden Kenntnissen und Instrumenten, um einen solchen Abwägungsprozess anzustoßen und dabei junge Menschen mit einzubinden. Hier kommt die Jugendstrategie zum Tragen.

Inhalt und Ziel der Strategie muss neben Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele auch eine strukturelle Verankerung einer einmischenden Jugendpolitik sein. Diese Aufgaben müssen Regierung, Politik und Zivilgesellschaft mit einer von der Landesregierung verantworteten Jugendstrategie angehen. Dabei geht es nicht um eine Beschäftigung der Fachwelt mit sich selbst, sondern um eine ressort- und professionsübergreifende Zusammenarbeit. In der Strategie müssen junge Menschen selbst im Rahmen eines von freien Trägern mitgestalteten Beteiligungspakets sinnvoll eingebunden werden. Ihre Perspektive auf Aus- und Weiterbildung, Umwelt, Digitalisierung und vieles mehr muss ernsthaft berücksichtigt werden. Hierfür ist auch eine Stärkung der Jugendforschung unabdingbar.

Junge Menschen haben etwas zu sagen – und müssen gefragt und gehört werden!

Schließlich wird von ihnen erwartet, die Gesellschaft auch in Zukunft zu gestalten. Wer erfährt, dass die eigene Meinung gehört wird und in ernsthafte Aushandlungsprozesse miteinbezogen wird, ist motiviert, sein Umfeld und die Gesellschaft zu gestalten. Deswegen fordern wir unter anderem die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre. Beteiligung funktioniert am besten dann, wenn sie in allen gesellschaftlichen Bereichen praktiziert wird.

Darüber hinaus muss im Rahmen einer Jugendstrategie überlegt werden, wie die selbst gewählten demokratischen Beteiligungsformen junger Menschen, wie die Demonstrationen der letzten Monate, von Politik ernstgenommen und nicht sanktioniert werden. Das Interesse junger Menschen an inhaltlicher Mitgestaltung von Politik muss in den politischen Prozess eingebunden werden.

Instrumente einer gelingenden Jugendstrategie

Um die Jugendstrategie in NRW umzusetzen, zu etablieren und Jugendliche direkt einzubinden, fordert der Landesjugendring NRW die verbindliche Einbindung unter anderem folgender konkreter Instrumente:

Viele Entscheidungen des Landtags und der Landesregierung haben besonders Auswirkungen auf junge Menschen – auf ihre Gegenwart und auf ihre Zukunft. In den Entscheidungsprozessen werden diese Auswirkungen jedoch viel zu selten ernsthaft behandelt. Wir wollen das ändern und fordern einen Jugendcheck für NRW! Der Jugendcheck ist ein Verfahren, mit dem Politik sich verpflichtet zu prüfen, ob ihre Vorhaben gute oder schlechte Folgen für junge Menschen haben. Wir sind bereit, gemeinsam mit Politik und Verwaltung einen Jugendcheck für NRW zu entwickeln. Langfristig ist der Jugendcheck NRW auch auf Erlasse, Verordnungen und weitere Regelungen auszuweiten.

In NRW wird unterdessen die Entwicklung eines vom Landesjugendring NRW in Anknüpfung an die Empfehlung des Bundesjugendkuratoriums vorgeschlagenen Jugendmonitorings vorangetrieben. Es soll durch subjektorientierte Forschung Entscheidungsträger_innen Wissen über die Perspektive junger Menschen zur Verfügung stellen. Zudem werden bestehende, auf digitaler Basis funktionierende Instrumente im Hinblick auf eine Nutzung in NRW näher betrachtet.

Im Kontext der Jugendstrategie soll ein Jugendmonitoring allgemein dazu dienen, Informationsbasis zu sein sowie regelmäßig und verlässlich (subjektive) Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen abzubilden. Es geht nicht darum, ihre Lebenslagen zu erfassen (wie Armutsgefährdung, mangelnde Gesundheit o.ä.), sondern ihre Einstellungen und Orientierungen, Handlungsmuster und Strategien im Lichte ihrer jeweiligen Lebenssituationen. Ein Jugendmonitoring als Instrument einmischender Jugendpolitik in NRW könnte einmal in einer Legislaturperiode durchgeführt werden, z.B. jeweils innerhalb der ersten 18 Monate. Es sind auch andere Befragungsrhythmen denkbar und möglich (z.B. zweimal pro Legislaturperiode, alle drei Jahre, etc.).

Ein weiteres Instrument der Jugendstrategie ist die 1.000-Stimmen-Befragung, welche eine repräsentative Befragung zu einem bestimmten Thema ist. Mit einem Institut soll überlegt werden, wie die größtmögliche Repräsentativität bei gleichzeitiger Sicherstellung der Anschlussfähigkeit für junge Menschen (Nutzung via sozialer Medien) möglich wäre. Das Internet ist ein wichtiger Ort der Meinungsbildung und politischen Teilhabe für junge Menschen.

Nur mit einer umfassenden Jugendstrategie kann es gelingen, die einmischende Jugendpolitik in NRW langfristig zu etablieren.